

Iran: Vom Ende der islamischen Revolution

Die protestierenden Frauen in Iran haben es geschafft, die Struktur der Herrschaftsordnung der Islamischen Republik ins Wanken zu bringen. Dies allein dadurch, dass sie ihre Lebenswelten in Opposition zum Staat gesetzt haben. Gastkommentar von Reinhard Schulze



Ayatollah Khomeiny spricht nach seiner Rückkehr nach Iran im Februar 1979 in Teheran vor seinen Anhängern.

REUTERS

Als der iranische Revolutionsführer Ruhollah Khomeiny im April 1979 den Frauen in Iran die moralische Pflicht auferlegte, sich das Haupthaar zu verhüllen, sah er darin weniger ein Zeichen religiösen Gehorsams als ein Bekenntnis zu einem Iran der islamischen Revolution und ein Symbol der Trennung von der dekadenten westlichen Welt. Er verstand die Frauen als Symbolträgerinnen der iranischen Nation, ihr Kopftuch deutete er als weibliches Pendant zum Turban der Kleriker. Nur: Während die Frauen dem Ideal der Nation gesamthaft unterstellt wurden, galt für die Männer eine besondere Privilegienordnung, in der sich der Mann das Vorrecht, einen Turban zu tragen, durch eine islamische Bildung erarbeiten und verdienen musste. Frauen sollten das Kopftuch als Zeichen ihrer Identifikation mit der Revolution tragen. Die revolutionäre Frau sollte «einfach» und «iranisch» gekleidet sein.

Kulturelle Abgrenzung

Doch wurde die neue nationalislamische Deutung des Kopftuchs von iranischen Frauen eher selten übernommen. Frauen, die sich der Machtordnung der Islamischen Republik zugewandt sahen, bevorzugten den schwarzen oder dunkelblauen Tschador, also den Ganzkörpermantel, der ab der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die kaiserliche Kleiderordnung massgeblich geworden war.

Der Tschador wurde 1936 im Rahmen der Revision der öffentlichen Kleiderordnung durch den Schah Reza Pahlavi verboten und faktisch durch ein einfaches Kopftuch ersetzt. In der iranischen Forschung wird darüber gestritten, ob dies bloss ein temporärer Kompromiss war und ob der Schah zugleich ein Verbot des Kopftuchs im Sinn hatte. Sicher ist, dass das Kopftuch erst jetzt in klerikalen Kreisen die Bedeutung eines Hijab erlangte, also zum materiellen Zeichen einer Absonderung der Frauen wurde. Allerdings überdauerte der Tschador in sozial prekären Milieus, bis er um 1978/79 wieder in die Öffentlichkeit gelangte, als diese Milieus an der Revolution gegen die kaiserliche

Der Zwang, ein Kopftuch zu tragen, wird von Frauen schlicht ignoriert, die Geschlechterapartheid durchbrochen, eine neue Normalität kehrt ein.

Ordnung teilnahmen. Dadurch wurde der Tschador zum antikaiserlichen Zeichen. In der weitgehend symbolisch codierten islamischen Revolution wurden der Tschador («das Zelt») und der Hijab («die Trennung») in den nationalen kulturellen Bestand aufgenommen und zu Sinnbildern eines islamisch überformten iranischen Nationalismus.

Erst nach und nach wurde diese stark nationalistische Bedeutung des Kopftuchs durch Rückgriffe auf vermeintliche islamische Normen islamisiert. 1983 beschloss das neue iranische Parlament, Frauen, die ihre Haare in der Öffentlichkeit nicht bedeckten, mit 74 Peitschenhieben zu bestrafen. Ab 1995 war es möglich, dass Frauen ohne Hijab bis zu 60 Tage inhaftiert werden konnten. Ein Höhepunkt der Islamisierung war das 2006 verabschiedete «Gesetz über Keuschheit und Hijab», das die Intervention der «Sittenbehörden» auf der Strasse zuließ.

Das System der islamischen Revolution in Iran, getragen von den Revolutionsgarden und ihrer Parallelwirtschaft, verkörpert in der Person des Revolutionsführers Ali Khamenei, baut seine Diktatur über Staat, Regierung und Gesellschaft weiter aus, um seinen Machterhalt zu sichern. Dies bedingt zugleich eine Radikalisierung des islamisch ausgedeuteten Nationalismus: Der iranische Staatsislam ist mehr denn je die politische Chiffre einer durch den Staat repräsentierten Nation. Der iranische Staatsislam stattet sich mit einer eigentümlichen Ritualität, einem Heroenkult, einer expansiven und mythischen Selbstausslegung aus, wodurch die Kluft zwischen Gesellschaft und Staat immer grösser wird. Doch die Diktatur höhlt damit ihre eigene, islamisch verkleidete Legitimität aus. Das Beharren auf dem Anachronismus einer staatlich reglementierten Sittenordnung verstetigt diese Kluft. Dies schafft ein Paradox: Um sich zu rechtfertigen, ist das Regime gerade auf die Anerkennung durch Frauen, denen es aber zugleich mit seiner Ordnung Leben und Freiheit raubt, angewiesen und nährt so die Gegenordnung, die es zu Fall bringen könnte.

Eine Strukturschwäche der Islamischen Republik in Iran besteht somit darin, dass sie sich von alltäglicher lebensweltlicher Anerkennung abhängig

gemacht hat. In den jetzigen Protesten versagt die Bevölkerung dem Regime diese Anerkennung und reisst damit eine der Säulen der Macht nieder. Die iranische Protestlandschaft ist enorm heterogen und wird durch Lebenswelten (die Unmittelbarkeit der Lebensführung), kulturell-ethnische Zugehörigkeit und eine komplexe politische Öffentlichkeit bestimmt. Die politische Öffentlichkeit ist doppelt nach einem Links-rechts-Schema und einem Religiös-säkular-Schema strukturiert. Zudem treten auch politische Sektoren wie die Volksmujahedin in Erscheinung. Bis auf rechtsnationalistische, oft monarchistische und linksextreme Schwärmer verstehen fast alle die islamischen wie auch anderen religiösen Traditionen als positive Ordnungen in einer zivilgesellschaftlichen Umwelt.

Radikal abgelehnt wird eine Ordnung, die dem Klerus die Funktion einer Staatsgewalt zuweist. Diese Ablehnung wird auch von wichtigen Teilen des Klerus unterstützt. Zweifelsfrei haben es die protestierenden Frauen geschafft, die Struktur der Herrschaftsordnung der Islamischen Republik ins Wanken zu bringen, indem sie ihre Lebenswelten in Opposition zum Staat setzten. Inzwischen verankern sich die Proteste in der politischen Öffentlichkeit. Die Proteste einen die Deutung der bestehenden Ordnung des Regimes der islamischen Revolution als Diktatur und der Ruf nach Abschaffung des politischen Systems, das sich Islamische Republik nennt. Mehrheitlich will die Opposition die Errichtung einer bürgerlichen Republik.

Die drei Leitparolen der Aufstände in Iran lassen keinen Zweifel daran, was den Minimalkonsens der Protestierenden bestimmt. «Tod dem Diktator», «Wir wollen keine Islamische Republik» und natürlich «Frauen, Leben, Freiheit»: Die Parolen besagen unmissverständlich, dass der Revolutionsführer Khamenei als oberste Instanz eines politischen Systems, das jede Legitimität verloren hat, zur Verantwortung gezogen werden müsse und dass sich eine neue Welt widersetze, indem Frauen die Strukturen des Systems ändern und in/mit der Gesamtgesellschaft ein Leben in mündiger Freiheit ermöglichen.

Die Revolution der Alltagskultur in Iran, die Befreiung der Lebenswelten vom Sittsamkeitsdirigismus der Islamischen Republik sind irreversibel: Der Zwang, ein Kopftuch zu tragen, wird von Frauen schlicht ignoriert, die Geschlechterapartheid durchbrochen, eine neue Normalität kehrt ein.

Souverän des Kopftuchs

Die jetzt anbrechende neue Kulturrevolution ist nicht die Folge eines politischen Umbruchs, sondern der Ausgangspunkt eines fundamentalen Systemwechsels. In den Protesten wird die nationalislamische Codierung des Kopftuchs und des Tschadors aufgelöst und profanisiert – herausgelöst sowohl aus dem Kontext einer imperialen Nationalkultur wie aus dem Kontext der religiös-moralischen Erzwingungsordnung. Das Kopftuch ist nun weder national noch islamisch, es gehört wieder allein der Frau. Das drückt sich in oft fotografierten Szenen aus, in denen Frauen ihr Kopftuch in die Hand nehmen und wie eine Trophäe über ihrem Kopf schwingen. Damit zeigen sie: Sie sind Souverän des Kopftuchs, nicht ein System, nicht eine Islamische Republik.

Die Profanisierung geht aber weiter: Inzwischen gelten auch die Turbane der Kleriker als Stofflumpen, denen kein islamisch-kultureller Wert mehr zukomme. Daher hört man immer öfter die Parole: «Weder Schal (Kopftuch) noch Lumpen (Turban), Freiheit und Gleichheit!» Eben weil die Revolten auf der Unmittelbarkeit der Lebensführung und der Lebenserfahrungen beruhen, schaffen sie eine Nachhaltigkeit, die letztlich vom Regime nicht mehr unterdrückt werden kann. Immer deutlicher wird, dass die Systemkritik der Protestierenden zugleich eine politische und soziale Systemdifferenz darstellt.

Zwischen Regime und Gesellschaft besteht inzwischen eine tiefe Kluft, die das Regime nur durch eine weitere Radikalisierung seiner Staatsgewalten zu überwinden können glaubt. Damit könnte eine formale Rückkehr zu jener Zwangsordnung verbunden sein, gegen die sich die Protestierenden wehren. Doch da der Säkularisierungsprozess der Gesellschaft unaufhaltsam ist und durch die regionalen Umwelten gestützt wird, ist eine Internalisierung der Zwangsordnung durch die Mehrheit der Gesellschaft, wie sie noch vor zwanzig und dreissig Jahren möglich war, nicht mehr zu erwarten.

Das bedeutet nicht, dass die Zeit eines moralischen Dirigismus abgelaufen wäre. Sollte er seine gegenwärtige Krise überdauern, könnte er im Rahmen ultranationalistischer Vorstellungen fröhliche Urständ feiern. Manche Äusserungen des Revolutionsführers Khamenei deuten in diese Richtung. Nur wird er die Ideale der islamischen Revolution von 1979 nicht mehr wiederbeleben können, selbst wenn das Regime seine Revolutionsgarden mobilisiert, in einem Putsch die verbliebenen Reste einer zivilstaatlichen Herrschaftsordnung abschafft und eine offene Diktatur einrichtet. Die Revolten des Jahres 2022 signalisieren so unweigerlich das Ende der Islamischen Republik, selbst wenn der Sturz des Regimes vertagt werden müsste.

Reinhard Schulze ist emeritierter Islamwissenschaftler und Direktor des Forums Islam und Naher Osten an der Universität Bern.